

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 178. Ratssitzung vom 19. Juni 2013

4064. 2012/439

Motion von Marc Bourgeois (FDP) und Michael Baumer (FDP) vom 28.11.2012: Rückerstattung der Gebühreneinnahmen, die über das Kostendeckungsprinzip hinausgehen, an die Bevölkerung

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab.

Marc Bourgeois (FDP) begründet die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 3344/2012): Während Steueränderungen jedes Mal demokratisch legitimiert werden müssen, können Gebühren in der Regel direkt durch die Exekutive erlassen werden. In den letzten Jahren wurden die Gebühren pervertiert; in der Verwaltung hat man nämlich herausgefunden, dass es viel einfacher ist, neue und höhere Gebühren zu erheben, als um einen höheren Steuerfuss zu kämpfen. In den letzten 25 Jahren sind die Steuern im Kanton Zürich im Wesentlichen stabil geblieben, die Gebührenerträge haben sich hingegen ungefähr verdoppelt. Steuererträge machen gerade mal 2,4 Milliarden Franken des Stadtzürcher Budgets, das gut 8 Milliarden Franken beträgt, aus. 2,7 Milliarden Franken stammen dagegen aus Entgelt – Gebühren sind Teil davon. Die Explosion bei den Staatsausgaben wurde nicht mittels höherer Steuersätze finanziert, sondern mit anderen Erträgen, die nicht oder nur sehr allgemein demokratisch legitimiert wurden. Für die FDP stellen sich drei Grundfragen: 1. Ist das eine demokratisch legitimierte Art, einen Staat zu finanzieren? – Nein. 2. Ist das eine transparente Art, einen Staat zu finanzieren? – Nein, im Gegensatz zu den Steuererträgen sind die Gebührenerträge nirgends ausgewiesen. 3. Ist das eine soziale Art, einen Staat zu finanzieren? – Nein, im Gegensatz zu den Steuern sind die meisten Gebühren nicht abgestuft. Ein Grossteil dieser Gebühren sind Lenkungsgebühren. Mit dieser Motion – wie auch mit den beiden folgenden – würde der Weg frei für eine demokratisch klar legitimierte, transparente und soziale Finanzierung unserer Stadt. Wir wollen, dass sich der Staat wieder über demokratisch legitimierte Steuern finanziert. Lenkungsabgaben sollen nicht für Staatsfinanzen verwendet werden. Das Argument des Stadtrats, wonach eine Rückerstattung nicht möglich sei, überzeugt nicht – bei den Krankenkassen funktioniert eine Rückerstattung schliesslich auch. Die Stadt Basel wendet bereits ein solches Rückerstattungssystem an. Offensichtlich sieht der Stadtrat das Geld lieber in der Tasche eines Staatsbeamten als in der Tasche einer Bürgerin, eines Bürgers. Das Motto lautet hier: «Für wenige statt für alle.» Mit diesem unsozialen Steuersystem spielt der Stadtrat der SVP in die Hand. Aber egal, ob sie angenommen wird oder nicht; die Motion hat ihren Zweck schon längst erfüllt. Zwei Zitate des Stadtrats werden wir bei jeder Gelegenheit wieder hervorbringen: 1. «Denn obschon bei der Gebührenerhebung klarerweise der Lenkungscharakter im Vordergrund steht, stellen diese Gelder einen unverzichtbaren Teil der öffentlichen Aufgaben dar.» Deshalb werden wir jede nächste Lenkungsabgabe ablehnen. 2. «Dies umso mehr, als dass die Motionäre keine Vorschläge für die Kompensation dieser Ausfälle durch Einsparungen oder anderweitige Einnahmen machen.» Genau das haben wir

beim Masterplan Velo auch verlangt, ihr wolltet es uns aber nicht verraten. Ab jetzt könnten wir jedem Vorstoss, der Geld verschlingt, eine schriftliche Nachfrage hinterherschicken, um in Erfahrung zu bringen, wo das Geld eingespart werden soll.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Dieses Votum von Marc Bourgeois (FDP) ist kein seriöser Beitrag zur Diskussion über die Finanzen und Abgaben. Die gewählte Formulierung «lieber in der Tasche eines Staatsbeamten» ist absolut grenzwertig, unterstellt sie uns doch persönliche Bereicherung. Es stimmt auch nicht, dass die Verwaltung einfach so neue Gebühren erfinden würde. Zudem sind die grossen Gebühren sehr wohl durch das Volk legitimiert. Auch diejenigen Gebühren, die nicht auf einem Gemeinderatsentscheid beruhen, halten wenigstens der Bundesgesetzgebung stand. Mit diesen bodenlosen Unterstellungen tut sich Marc Bourgeois (FDP) selber keinen Gefallen. Hinter vielen Gebühren steht ganz klar eine konkrete Leistung, deren Abgeltung sozial gar nicht differenziert werden muss. Die Motionäre nennen die Gebühren nicht beim Namen. Der Stadtrat ist nicht gewillt, nach allenfalls einschlägigen Abgaben zu suchen. Ausserdem sind Lenkungsabgaben in der Regel politisch gewollt, und wir werden sie nicht hinterfragen. Bei der konkreten Umsetzung würden die Ausfälle tatsächlich zum Problem, denn die Einnahmen gelangen heute in den allgemeinen Steuertopf – als Folge müssten die Steuern erhöht werden. Eine Rückerstattung nur an die Stadtbevölkerung würde übrigens zum Vornherein das Gleichbehandlungsgebot der Bundesverfassung verletzen, denn wir erheben auch bei Auswärtigen Gebühren, z. B. in Form von Bussen.*

Weitere Wortmeldungen:

Niklaus Scherr (AL): *Wir sind bereit, dem Vorstoss als Postulat zuzustimmen – als Signal, dass Gebühren einer permanenten Kontrolle durch das Parlament zu unterliegen haben. Zwar üben wir auch Kritik an dem Vorstoss: Es werden alle Gebührenarten in den gleichen Topf geworfen, obwohl eine Differenzierung nötig wäre. Als Alltagsmenschen bekommen wir ja vor allem sogenannte «Underdog-Gebühren» von der Verwaltung zu spüren. Hier besteht sicher ein Handlungsbedarf. Baubewilligungsgebühren etwa reizt die Stadt sehr nach oben aus. Bussen hingegen sind keine Gebühren, sondern Strafen, für die es eine Rechtsgrundlage gibt. Was die Parkbenutzungsgebühren betrifft, so hat das Bundesgericht bestätigt, dass neben Kostendeckungs- auch Benutzungsaspekte in die Gebühr einfliessen.*

Roger Liebi (SVP): *Mit der Stossrichtung der Motion sind wir einverstanden. Da wir jetzt aber über das System sprechen, ist es ja nicht nötig, die Motion zu überweisen, auch nicht als Postulat. In meinen Augen handelt es sich hier um reine Umverteilungsvorstösse, die ich nicht ganz begreifen kann: Als Gebührenzahler bin ich doch interessiert, weniger zu zahlen, aber nicht, dass das, was ich zu viel bezahlt habe, nachher durch die Rückerstattung anderen zu Gute kommt. Verstanden haben wir hingegen, dass die Motionäre etwas an den Gebühren ändern wollen, bei denen das Kostendeckungsprinzip nicht eingehalten wird. Nur möchten wir das Problem an der*

Wurzel bekämpfen und nicht einfach den Weg über eine Umverteilung wählen.

Martin Luchsinger (GLP): Wir lehnen die Motion ab, auch als Postulat. Die von den Motionären gemeinten Gebühren sind sehr wohl demokratisch legitimiert. Die Transparenz ist ebenfalls gegeben, denn hinter einer Gebühr muss eine Leistung stehen. Gemäss dem Äquivalenzprinzip können Gebühren aber naturgemäss nicht betont sozial im Sinn einer Abstufung ausgestaltet werden. Ob die Handhabung der Finanzierung allerdings sinnvoll ist, müssen Stadtrat und RPK konstant prüfen. Die in der Begründung erwähnten Gewerbegutscheine würden die Idee, die auf den ersten Blick zwar interessant scheinen mag, noch mehr aufblasen.

Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP): Auch wir lehnen den Vorstoss ab, unter anderem wegen der Schlussfolgerung: Über Gebühren sollte man von Zeit zu Zeit zwar diskutieren, gerade dann, wenn die Einnahmen weit über die Kostendeckung hinausgehen. Eine Ausschüttung des Gewinns an irgendjemanden kommt für uns aber nicht in Frage.

Dr. Davy Graf (SP): Ich finde es schön, dass sich die FDP klar für die progressive Besteuerung ausspricht. Es stimmt natürlich, dass das progressive Steuersystem durch Gebühren zu einem gewissen Grad unterlaufen wird. Die FDP meint ausdrücklich die Lenkungsabgaben, die über den Kostendeckungsgrad hinausgehen; diese sollen rückerstattet bzw. jener wiederhergestellt werden. Es geht darum, die tatsächlichen Kosten langfristig richtig auszutarieren. Mit Lenkungsabgaben versucht der Staat nichts anderes, als organisiert in unsere Gemeinschaft einzugreifen und sie so zu gestalten, dass die Mehrheit der Bevölkerung entlastet wird. Die SP lehnt den Vorstoss ab, wird aber ein Auge darauf haben, dass die progressive Besteuerung nicht verlorengeht. Der Bund finanziert sich aktuell je zur Hälfte über die Mehrwertsteuer und die progressive Bundessteuer, wodurch das sozial gerechte Steuersubstrat zugunsten einer Kopfsteuer zunehmend unterhöhlt wird. Solange wir im Gemeinderat aber Lenkungsabgaben beschliessen, ist es gerechtfertigt, dass diese Einnahmen auch im grossen Topf des Staats landen.

Michael Baumer (FDP): Ich glaube nicht, dass Marc Bourgeois (FDP) die Verwaltung angreifen wollte, sondern es geht ihm um gewisse Vorgänge und Überlegungen, die hinter solchen Gebühren stehen. Würde es sich um einen Vorwurf handeln, träfe dieser am Ende ja den Gemeinderat. Es ist klar, dass für Verwaltungsleistungen Abgaben in der Höhe der Kosten entrichtet werden müssen. Grundsätzlich kann man sich fragen, ob Lenkungsabgaben in jedem Fall Sinn machen, und ob die Lenkungswirkung auch tatsächlich erreicht wird – bei den Parkplätzen etwa wage ich dies zu bezweifeln. Uns geht es darum, einen Mechanismus zu finden, wie die Zusatzabgaben der Bevölkerung rückerstattet werden könnten. Dass die Gebühren am Ende demokratisch legitimiert sind, bestreiten wir in keinster Weise. Der Verdacht, dass der Betrag zur Entlastung der Stadtkasse in einer bestimmten Höhe festgelegt wurde, bleibt aber bestehen. Unser Vorstoss will diesen Verdacht ausräumen, indem er mittels eines geeigneten Mechanismus Transparenz schafft.

Kyriakos Papageorgiou (SP): In meinen Ohren hat Marc Bourgeois (FDP) unsere Staatsangestellten diskreditiert, er hat ihnen unterschwellig Korruption vorgeworfen.

Diese Einstellung ist bedenklich. Die Idee der FDP mag recht sein, die Umsetzung führt aber in eine Sackgasse und zeigt, dass die FDP nicht mehr willens ist, als staatstragende Partei Mitverantwortung zu übernehmen.

Jean-Claude Virchaux (CVP): *Der Vorstoss ist wirklich ein Birchermüesli. Nichtsdestotrotz wären wir bereit, ihn als Postulat zu unterstützen – als Signal an den Stadtrat, die Gebühren mit allem Ernst periodisch zu überprüfen. Dies ist in Anbetracht zahlreicher unsinniger Gebühren auch wirklich nötig.*

Severin Pflüger (FDP): *Gegen den vermeintlichen Korruptionsvorwurf möchten wir uns verwahren. Falls eine Formulierung im Votum von Marc Bourgeois (FDP) diese Interpretation provoziert hat, entschuldigen wir uns dafür. Unser Parlament ist offenbar noch nicht so weit, sich zu überlegen, was eine faire Staatsfinanzierung ist. Es geht uns nicht um eine Umverteilung, sondern um eine Begrenzung dessen, was über das Kostendeckungsprinzip hinaus geht. Unserer Meinung nach sollten gar keine Gebühren den Kostendeckungsgrad überschreiten. Wir möchten bewirken, dass der Staat gar kein Interesse hat, solche Gebühren zu erheben, weil er den Überschuss den Bürgern ja sowieso wieder zurückgeben müsste. Zur demokratischen Legitimation: Die Steuern sind doppelt direktdemokratisch und einmal parlamentarisch abgesichert. Die Gebühren hingegen müssen nur in einer Verordnung festgelegt werden. Ziel muss sein, für die Gebühren eine ähnliche demokratische Legitimierung wie für die Steuern zu schaffen – nicht zuletzt deshalb, weil sich der Staat heute schwergewichtig über Gebühren und andere Einnahmen finanziert. Damit das System fair bleibt, muss es der Zeit angepasst werden.*

Markus Kunz (Grüne): *Die Grüne-Fraktion lehnt den Vorstoss auch als Postulat ab. Uns ist nicht klar, was eine erhöhte Transparenz bei den Gebühren, die sicher nicht falsch wäre, mit dem Thema der Rückerstattung zu tun hat. Die Motion ist insofern schräg, als sie den Stadtrat auffordert, sich gegen den Verdacht versteckter fiskalischer Massnahmen zu wehren – dieser ist aber sehr einseitig verteilt und geht eigentlich in erster Linie von der FDP selber aus.*

Marc Bourgeois (FDP): *Der Gemeinderat beschliesst regelmässig eine Leistungskomponente zu bereits bestehenden Gebühren. Die Argumentation, die wir für solche Zusatzkomponenten jeweils bemühen, geht nie in die Richtung, dass der Staat mehr Mittel erhalten sollte, im Gegenteil: Es wird immer betont, es gehe gerade nicht um mehr Staatsmittel, so z. B. bei den Gebühren für die weissen oberirdischen Parkplätze. Fakt ist aber: Der Staat wird zusätzliche Mittel erhalten. Jetzt stellt sich die Frage, ob das korrekt ist; ob dies die Art und Weise ist, wie wir den Staat – durchaus etwas zufällig – mit Mitteln alimentieren wollen. Natürlich gibt es verschiedene Formen von Gebühren, auf verschiedenen Grundlagen, von verschiedenen Instanzen genehmigt. Der entscheidende Punkt ist: Lenkungsabgaben sollen den Staat nicht alimentieren. Besser als «demokratische Legitimation» wäre wohl der Ausdruck «demokratische Kontrolle.» Bei den Steuern ist ein demokratischer Druck vorhanden, bei den Gebühren nicht, deshalb sind diese explodiert. Natürlich wäre es besser, die Gebühren zu senken, nur würden wir dies nicht durchbringen. Das Ziel der Motion ist in jedem Fall erreicht.*

5 / 5

STR Daniel Leupi: «Demokratische Kontrolle» kann ich besser akzeptieren als «demokratische Legitimation.» Der allergrösste Teil der städtischen Gebühren sind in der Tat mit Leistungen der Werke verbunden und haben Volksabstimmungen oder wenigstens Gemeinderatsentscheide hinter sich. Das Postulat hätte der Stadtrat wohl entgegengenommen, aber sehr wahrscheinlich wird es gar nicht überwiesen.

Niklaus Scherr (AL) beantragt Umwandlung in ein Postulat.

Marc Bourgeois (FDP) ist einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Roger Liebi (SVP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das Postulat GR Nr. 2013/244 (statt Motion GR Nr. 2012/439, Umwandlung) wird mit 26 gegen 92 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat